UNIVERSITY OF CALIFORNIA AT LOS ANGELES JUN 3 1 1935 LIBRARY

Morgen-Ausgabe

Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Als Manuskript gedruckt. Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Freitag, 5. Juni	Nr. 723

Beamtenkundgebung in der Deutschlandhalle.

Berlin, 4. Juni. Der Reichsbund der Deutschen Beamten hatte die Hauptamtsleiter des Amtes für Beamte aus dem ganzen Reich, die Politischen Leiter des politischen Gaues Groß-Berlin und die Berliner Beamtenfachschaften zu einer Großkundgebung in die Deutschlandhalle geruten, bei der der Stellvertreter des Führers sprach.

Der mit Blumen und Grün geschmückte Riesenraum, dessen Stirnseite eine mächtige Fahne des NSB abschloß, war schon frühzeitig gefüllt und gab durch die blauen und grünen Uniformen der Reichsbahn-, Post- und Zollbeamten neben den braunen Uniformen der Politischen Leiter und den schwarzen SS-Uniformen ein farbenfreudiges Bild. Bis zum Beginn der Kundgebung sorgte die Kapelle Fußel für Unterhaltung. Unter den Ehrengästen waren die Staatssekretäre Milch, Pfundtner, Körner und Königs und der Staatskommissar der Reichshauptstadt, Dr. Lippert, zu bemerken.

Der Leiter des Reichsbundes der Deutschen Beamten und Hauptamtsleiter in der Reichsleitung der NSDAP, Neef, begrüßte nach dem Einmarsch der mehr als 250 Fahnen den Reichsminister Rudolf Heß als den ersten Mitarbeiter des Führers. Neef gedachte dann, während die Versammlung sich von ihren Plätzen erhob, der zwei alten Kämpfer der Bewegung, die in den letzten Tagen gestorben sind, des Brigadeführers Julius Schreck und des Generals Litzmann.

Dann begann

der Stellvertreter des Führers Rudolf Heß

mit langanhaltendem Händeklatschen und Heilrufen begrüßt, seine Rede. Zuerst widmete er dem verstorbenen Chef des Stabes der Luftwaffe, Generalleutnant Wever, ehrende Gedenkworte. Hierauf ging er auf das Thema seiner Rede selbst ein.

Er stellte einleitend fest, daß die lebendigste Berührung, die es zwischen Volk und Staat gibt, zweifellos der Staatsbeamte darstellt, der seinen Volksgenossen laufend als Verkörperung des Staates gegenübertritt.

Das Bild, daß der Deutsche vom Beamten habe, schwinge zwischen zwei Extremen.

Auf der einen Seite sei dem Volk durch schlechte Beamte ein Bild entstanden, in dem der Beamte gleichgesetzt wird mit einem Bürokraten. Das sei jener Beamtentyp, der seine schlechte Laune auf alle ausstrahlt, die mit ihm zu arbeiten gezwungen sind und der im Publikum seinen Feind sieht, einen Feind, der es darauf angelegt hat, gerade den Beamten zu ärgern und zu quälen.

Auf der anderen Seite stehe der Begriff des sogenannten preußischen Beamten der Prägung, wie sie sich seit Friedrich Wilhelm I. herausentwickelte: der Mann, der sich als Verwalter des Staates fühlt, seiner Umwelt als Mensch ein Vorbild ist, dessen Lebensrückgrat Pflichtbewußtsein heißt, der seinen Dienst untadelig bis zum Letzten versieht, der Treue zum Staat so selbstverständlich empfindet, wie die Unbeugsamkeit des Rechtes, auf dem der Staat ruht.

Unter der Einwirkung des Nationalsozialismus habe sich der Begriff vom guten Beamten noch etwas gewandelt, sowie der Begriff des Staates sich gewandelt habe, der nicht mehr ein über den Wolken schwebendes Gebilde ist, zu dem der „Untergebene" aufschaut, sondern eine Einrichtung, die dem Volke dient.

Im gleichen Maße sei der gute Beamte nicht mehr der überstrenge, gefürchtete Vorgesetzte oder „Schulmeister", im schlechten Sinne des Wortes sondern ein Diener des Volkes.

„Wobei der einzelne Volksgenosse mit Recht darüber hinaus erwartet, daß der Beamte innerhalb sich als Volksgenosse fühlt und ihm gegenüber als Volksgenosse in Erscheinung tritt. Als Mensch mit Verständnis für ihn und seine Sorgen, der innerhalb seines Rahmens ihm Berater und Helfer ist.

Die Forderung nach dem sich Verbundenfühlen mit dem Volk, des Handelns für das Volk, gilt nicht nur für den mit dem Volk persönlich in Berührung kommenden unteren Beamten, sondern gilt in höherem Maße noch für den oberen Beamten, der sich bei all seinem Tun und Lassen, bei allen Entscheidungen stets fragen soll, wie weit nutz es und wie weit schadet es der Sache, der ich diene, wie weit nutz es und wie weit schadet es dem Volke.

„Ebenso wie der deutsche Beamte es als selbstverständlich empfindet, daß von ihm eine Grundhaltung, die seinem Amt entspricht und eine Kenntnis der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen verlangt wird, die für seine Arbeit notwendig sind, ebenso verlangt das deutsche Volk heute von ihm nationalsozialistische Haltung und die Kenntnis des Wesens und Wirkens der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei.

„Ich weiß, daß, wenn ich Ihnen vom Wesen und Wirken der NSDAP spreche, unter Ihnen manche alte Parteigenossen sind, denen dies alles längst geläufig ist. Ich weiß aber andererseits, daß die große Mehrheit der Beamten nicht zu den alten Mitgliedern der Bewegung gehört und früher keine Gelegenheit hatte, sich mit dem Nationalsozialismus und seiner parteimäßigen Verkörperung zu befassen.

„Ich mache diesen Beamten keinen Vorwurf daraus, daß sie nicht zu den alten Parteigenossen gehören. Höchste Anerkennung müssen wir aber den Beamten zollen, welche trotz des Republikschutzgesetzes sich der Bewegung anschlossen, von der sie die Ueberzeugung gewonnen hatten, daß sie Ideale verfolgte, die ihre Gegner sind, und daß sie einen Staat anstrebte, der besser ist als der Staat des inneren Verfalls, der Verelendung, der außenpolitischen Schwäche und Ehrlosigkeit. Wir wissen, daß viele dieser Beamten um ihrer Ueberzeugung willen gelitten haben und wir wollen, daß das Opfer, was sie brachten, nicht in Vergessenheit gerät.

Rudolf Heß gab dann ein Bild von Werden der Bewegung und ihrer Organisation, umriß das heutige Wirken der NSDAP und betonte, daß die Partei, nachdem sie die Volksgemeinschaft erreicht habe, jetzt ihre Aufgabe an dieser Volksgemeinschaft erfülle.

„Niemand weiß besser, als Männer, die jahrelang im politischen Kampf gestanden haben, welche staatserhaltende und staatsgestaltende Aufgabe Beamte haben, ja welche Aufgabe sie darin haben, die Ideen des Staates innerlich zu kräftigen und zu verteidigen. Aber niemand weiß auch besser, daß diese Aufgabe ebenso sehr schwer ist, wie sie ehrenvoll ist vor der Geschichte.

„Ihre große geschichtliche Leistung, Parteigenossen und deutsche Beamte, heißt Pflichterfüllung.

„Diese Pflichterfüllung macht — so glaube ich — der neue festgefügte Staat dem deutschen Beamten leicht, und ich glaube auch, daß alle deutschen Beamten Grund haben, der nationalsozialistischen Bewegung, die nach der Revolution und nach der Uebernahme der Macht in Deutschland einen neuen Beamtentyp sich zu schaffen bemüht, dankbar zu sein.

„Der Wiederaufbau Deutschlands ist zweifellos dadurch erleichtert worden, daß durch die Jahre des Niedergangs ein gewisser Stamm anständiger, guter Beamter durchgerettet wurde, der die Tradition des einstigen, deutschen Beamtenkorps hochhielt.

„Zu diesem gesellte sich in der kurzen Zeit der nationalsozialistischen Revolution wieder eine große Zahl von Beamten, die in hingebungsvoller Weise ihre Pflicht getan haben.

„Meine deutschen Beamten, ich verkenne keineswegs, daß heute von dem Einzelnen ein höheres Maß von Hingabe an den Dienst, Opferfreudigkeit für die Nation, Kenntnis der Gesetzgebung und — nicht zuletzt — psychologischem Vermögen verlangt werden muß wie früher. Ebenfalls muß darüber hinaus verlangt werden, daß der Beamte, der in seinem Amtsbereich selbständig nur seinem Vorgesetzten verantwortlich ist, ständig Fühlung hält mit den zuständigen Dienststellen der Partei, besonders wenn er sich in leitender Stellung befindet, damit aus einer verantwortungsvollen Zusammenarbeit zwischen — beispielsweise — Behördenleitern und Politischen Leitern in allen Fragen von politischer Bedeutung eine Einheit der Auffassung vor dem Volk vertreten wird.

„Die bei den Behörden eingesetzten Politischen Leiter der Partei sind berufen, das lebendige Bindeglied zwischen Partei und Staat zu sein. Sie haben besonders auch die Aufgabe, für die Erweckung und Pflege eines echten nationalsozialistischen Gemeinschaftsgeistes unter den Beamten und auch allen Nichtbeamten, die in der Behörde mitarbeiten, zu sorgen."

Rudolf Heß bob dann hervor, daß die Partei vor allen Einsetzungen und Beförderungen von Beamten soweit sie vom Führer vorgenommen würden, um ihr Urteil befragt werde. Diese Einschaltung der Partei gelte nicht zuletzt dem guten Beamten selbst, denn es werde verhindert, daß Vorgesetzte, von denen der eine oder andere vielleicht noch immer heimlich dem Nationalsozialismus abgeneigt ist, untergebene Beamte im Aufstieg aus weltanschaulichen Gründen behindern. Dem Partei-Minister stehe auch die letzte Entscheidung zu, ob gegen eine Ernennung Einspruch erhoben werden solle oder nicht.

„Durch das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums sind wirkliche Schädlinge ausgeschaltet worden. Wei den im Dienst befindlichen Beamten kommt es nicht so sehr darauf an, was der eine oder andere Beamte vielleicht früher einmal für eine Aeußerung getan hat, sondern entscheidend ist, wie er sich heute verhält und was er leistet.

„Entscheidend ist, ob er loyal seine Pflicht dem neuen Staat gegenüber erfüllt, ob er sich bemüht, in seinem Verhalten Nationalsozialist zu sein, ob er durch sein Wirken die notwendige Einheit von Partei und Staat nach dem Willen des Führers fördert oder nicht.

„Wenn der nationalsozialistische Staat auf die Dauer selbstverständlich nur nationalsozialistische Beamte duldet, so tut er das nicht aus engstirnigen Parteigesichtspunkten, die die NSDAP so wenig kennt wie sie eine Partei im üblichen Sinne ist. Die Forderung nach dem nationalsozialistischen Beamten wird aufgestellt im Interesse der Erhaltung Deutschlands, die nur möglich ist durch den Nationalsozialismus und in Zukunft nur möglich sein wird im Nationalsozialismus.

„Volksgenossen, seien Sie sich dessen bewußt: Sie erleben Schicksale mit, Sie tragen Entscheidungen von manchmal weitreichender Bedeutung in die Familien! Sie können durch Rat Volksgenossen aufrichten, Sie können sie aber auch quälen, wenn Sie Ihre Pflicht nicht im nationalsozialistischen Sinne tun. Es ist nicht wichtig, welches Amt der Beamte verwaltet, ob es groß ist oder klein, ob er Minister ist oder Polizist. Nach einem nationalsozialistischen Grundsatz ist nicht wichtig, was er tut, sondern wichtig ist, wie er es tut.

„Ich weiß, der deutsche Beamte trägt seinen Teil bei zum Aufbau unseres Deutschlands, eines Deutschlands vorbildlicher Ordnung und höchster Gerechtigkeit, das all den Seinen Arbeit und Brot zur Genüge geben soll, das ihnen Schutz angedeihen läßt, eines Deutschlands wahrhafter Schönheit und wahrhafter Würde."

Die Rede des Stellvertreters des Führers wurde oft von Beifall unterbrochen, der sich am Schluß zu stürmischer Zustimmung steigerte.

Der Leiter des Reichsbundes der Deutschen Beamten, schloß die Kundgebung mit dem Gelöbnis der deutschen Beamten, dem Manne, der Deutschland gerettet habe, immer anzugehören in treuer Hingabe. Das Sieg-Heil auf den Führer, das Deutschland- und Horst Wessel-Lied beendeten die Kundgebung der Beamtenschaft.

Kein Raubmord an Dillenz.

Peiping, 4. Juni. Der tragische Tod des deutschen Dozenten an der Provinz-Hochschule in Kaifengfu, Dillenz, geht anscheinend nicht auf einen Raubmord zurück, wie man im ersten Augenblick angenommen hatte. Bei der Leiche wurden nämlich die Uhr, das Bargeld und die Wertsachen des Toten gefunden.

Es handelt sich vielleicht überhaupt nur um die Folgen eines Unfalles. Dillenz unternahm am Sonntag abend seinen gewohnten Spaziergang nach dem Nordosten der Stadt, wo sich eine berühmte Pagode befindet. Als man seine Leiche am nächsten Morgen fand, ergab die Untersuchung, daß eine tödliche Wunde nicht vorhanden war, obwohl der Körper Blutspuren aufwies.

Es ist möglich, daß Dillenz von der Stadtmauer abgestürzt ist und sich dann eine Strecke weitergeschleppt hat, ehe der Tod eintrat. Die chinesischen Behörden haben trotzdem eine eingehende Untersuchung eingeleitet. Von der deutschen Botschaft in Nanking wurde sogleich Dr. Mohr nach Kaifengfu entsandt. Die Universitätsbehörden veröffentlichen einen ehrenden Nachruf für den Verschiedenen.

Das Kabinett Léon Blum.

Paris, 4. Juni. Der Vorsitzende der Sozialistischen Partei, Blum, hatte am Donnerstag nachmittag eine Besprechung mit dem Präsidenten der Republik Lebrun. Die Besprechung dauerte etwas über eine Stunde. Dabei wurde Léon Blum mit der Kabinettsbildung beauftragt.

Anschließend besprach er sich mit den Vorsitzenden der beiden Kammern. Darauf begab er sich mit den neuen Kabinettsmitgliedern im Elysée, um seine Regierung dem Staatspräsidenten vorzustellen.

Wie Léon Blum mitteilte, wird seine Regierung am Freitag nachmittag zu einem Kabinettsrat und am Sonnabend zu einem Ministerrat zusammentreten, um die Regierungserklärung zu beraten, die vor dem Parlament am Sonnabend nachmittag abgegeben wird.

Das Kabinett Léon Blum hat folgende Zusammensetzung:

Ministerpräsident: Léon Blum;
Staatsminister: Chautemps, Paul Faure und Violette;
Aeußeres: Yvon Delbos;
Landesverteidigung und Krieg, gleichzeitig stellvertreten-der Ministerpräsident: Daladier;
Kriegsmarine: Gasnter-Duparo;
Luftfahrt: Pierre Cot;
Inneres: Salengro;
Justiz: Marc Rucart;
Nationale Erziehung: Jean Zay;
Finanzen: Vincent Auriol;
Nationale Wirtschaft: Spinaise;
Handel: Bastid;
Oeffentliche Arbeiten: Albert Bedouce;
Kolonien: Marius Moutet;
Post: Rardillier;
Landwirtschaft: Georges Monn'et;
Pensionen: Albert Rivière;
Arbeit: Lebas;
Volksgesundheit: Henry Sellier.

Die Liste der Unterstaatssekretäre zeigt folgende Namen:

In der Ministerpräsidentschaft: Marc Dormoy und François de Tessant;
im Außenministerium (für Nordafrika): Pierre de Vienot;
für die Kriegsmarine: François Blancho;
im Handelsministerium: Henri Tasso;
im Innenministerium (für die Departementsverwaltung): Raoul Aubaud;
für Landwirtschaft: André Liauten;
für Gruben- und Energiewirtschaft: Paul Ramadier;
für Schöne Künste, Sport und Feierabendgestaltung: Léon Lagrange;
für technischen Unterricht: Jules Julien;
für wissenschaftliche Forschungen: Frau Joliot Curie;
für Kinderschutz: Frau Suzanne Jacorre;
im Unterrichtsministerium: Frau Brunschwig;
für körperliche Ertüchtigung: Pierre Desarnauld's;
Oberkommissar für Verschönerung des Gebiets von Paris: André Moriaet.

Fünf Koordinationsausschüsse. — Erklärung Léon Blums.

Paris, 5. Juni. Neben dem Kabinett sind fünf ministerielle Koordinationskomitees geschaffen worden:

1. Für die Landesverteidigung unter dem Vorsitz des Landesverteidigungs- und Kriegsministers Daladier,
2. für die allgemeine Verwaltung unter dem Vorsitz des Innenministers Salengro,
3. für nationale Wirtschaft unter dem Vorsitz des Ministers für nationale Wirtschaft, Spinaise,
4. für auswärtige Beziehungen unter dem Vorsitz des Außenministers Delbos,
5. für soziale Solidarität unter dem Vorsitz des Arbeitsministers Lebas.

Die Leitung des Büros der Ministerpräsidentschaft ist dem ehemaligen sozialistischen Abgeordneten Moch anvertraut worden.

Nach Bekanntgabe der Ministerliste sprach Léon Blum für die Presseverireter. Die Ministerliste enthalte eine Neuheit, der er große Bedeutung beimesse, die Hinzuziehung von drei Frauen. Die Tatsache, daß man eine Regierung aus mehreren Parteien bilde, habe eine gewisse Anzahl von leicht verständlichen Verpflichtungen zur Folge gehabt.

Es sei eine gewisse Zahl neuer Amtsstellen geschaffen, die nach Maßgabe des allgemeinen Interesses entwickelt werden sollen, so für Sport, Feierabendgestaltung, Kinderschutz und Leibesertüchtigung. Es sei sicherlich aufgefallen, daß die Ministerliste anders zusammengestellt sei als bisher. Das habe er getan nicht aus der Sucht nach Originalität, sondern aus sehr ernsten Erwägungen. Die Ministerpräsidentschaft habe er ohne ein anderes Portefeuille übernommen, da er stets der Ansicht gewesen sei, daß das Amt des Ministerpräsidenten eine Aufgabe der Koordination und der Zusammenfassung in sich schließe.

Die logische Verteilung der Betätigung der Minister werde eine tiefgründige Verwaltungsreform dadurch erleichtern, daß die Arbeit vorher zusammengefaßt und richtig eingeteilt werde. Er hoffe, noch mehr machen zu können nach Maßgabe der Dauer seiner Regierung. Die Regierung werde den Kammern zuerst einen Ueberblick über ihre Politik geben. Die großen Züge des Programms, das er zu verwirklichen beabsichtige, seien bekannt. Die Regierung werde sich am Sonnabend den Kammern vorstellen. Am Freitag um 12.30 Uhr werde er eine Rundfunkansprache über die innere Lage und den Streik halten.

Amerika und die Unruhen in Nikaragua.

Washington, 5. Juni. Unter Bezugnahme auf die politischen Unruhen in Nikaragua gab Staatssekretär Hull am Donnerstag abend bekannt, daß die Vereinigten Staaten weder mittelbar noch unmittelbar in die inneren Angelegenheiten irgendeiner mittel- oder südamerikanischen Republik eingreifen würden.

Die Erklärung Hulls erfolgte auf Anfragen der Regierungen Perus und Chiles bezüglich der amerikanischen Absichten. Die Regierungen sprechen hierbei die Hoffnung aus, daß Amerika von Roosevelts „Gutnachbarpolitik" nicht abweichen werde. Hull fügte seiner Erklärung hinzu, daß die Anfragen offenbar unter dem falschen Eindruck erfolgt seien, die Vereinigten Staaten seien von der Regierung von Nikaragua ersucht worden, zu ihren Gunsten einzugreifen.

Verantwortlich: Kurt Schwarzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.